



DEMO zum **CSD** AUGSBURG

14.08.2010

11 Uhr Rathausplatz

linksjugend
[solid] 
BG Augsburg

queer
DIE LINKE. LAG Bayern



Gleiche Rechte für alle sexuellen Identitäten!

Am 14. August 2010 findet in Augsburg der 13. CSD statt, ein Tag der zum einen an die Aufstände in der New Yorker Christopher Street erinnern soll, zum anderen ein gelungener Anlass ist so richtig die Sau rauszulassen.. nicht zuletzt aber auch genutzt werden muss, um noch immer herrschenden Vorurteilen und homophobem Gedankengut den Kampf anzusagen.

AUF ZUM CSD NACH AUGSBURG!

Aber gemeinsam stellten wir fest, dass es in Augsburg zwar Szenekneipe, Jugendgruppen und sogar einen Verein zum CSD gibt ... doch eine politische Interessenvertretung fehlt.

Nein, sogar noch viel schlimmer ... es scheint fast so, als ob die momentan herrschenden politischen Verhältnisse akzeptiert und für gut befunden würden. So gehört der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl einer Unions-Partei an, von denen eine erst kürzlich wieder durch homophobe Äußerungen (sogar im Zusammenhang mit dem CSD) in den Schlagzeilen stand. Gribl ist Schirmherr des Augsburger CSD. Wir betrachten das als eine Verhöhnung des 1969 in der New Yorker Christopher Street stattgefundenen Protests.

Daher ist es bitter notwendig, zum diesjährigen CSD AUGSBURG endlich wieder ernstzunehmende politische Forderungen

zu artikulieren. Wir müssen klar machen, dass wir für eine andere Gesellschaft kämpfen. Für eine tolerante, solidarische und soziale Gesellschaft, jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. Die herrschende Politik der sozialen Spaltung richtet sich auch gegen Queers, denn sie fördert - unterstützt von den bürgerlichen Medien - Ausgrenzungsprozesse. Wir wenden uns deshalb gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeder Form, ob sie nun Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle trifft oder Migrant_innen, Langzeiterwerbslose, prekär Beschäftigte, Rentner_innen und Jugendliche. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, sondern sagen solidarisch denjenigen den Kampf an, die mit ihrer Politik unseren Sozialstaat sowie unser solidarisches Gesundheitswesen zerstören und damit auch die Demokratie der Profitgier eines ungebremsten Kapitalismus ausliefern.